

Antrag

**der Abgeordneten Thomas Kreuzmann, Roland Heintze, Robert Heinemann,
Christoph de Vries, Nikolaus Haufler, Karin Prien, Dr. Walter Scheuerl (CDU)
und Fraktion**

Haushaltsplan-Entwurf 2011/2012

Einzelplan 1.1, Einzelplan 3.1

Betr.: Maßnahme gegen Schulabsentismus fortsetzen

Seit dem Schuljahr 2008/2009 werden an einigen beruflichen Schulen mit Bildungsgängen, deren Schülerinnen und Schüler der Schulpflicht unterliegen, sowie Haupt- und Realschulen mit den KESS-Indizes 1 und 2 Rückkehrerinnen und Rückkehrer aus den Asklepios-Kliniken in dem Projekt „Assistenz für Schulbesuchsüberwachung“ beschäftigt. Sie sollen sich darum kümmern, dass die ordnungsgemäße Teilnahme am Unterricht sichergestellt, negativen Schulkarrieren vorgebeugt und die Voraussetzungen für den Schulerfolg, insbesondere bei sogenannten Risikoschülern, verbessert werden.

Am 3.6.2010 beschloss die Hamburgische Bürgerschaft, das Projekt zunächst zu verlängern und es zu evaluieren. Das Ergebnis der Evaluation liegt nun vor und bescheinigt dem Projekt durchgängig positive Ergebnisse. Die meisten Schulleitungen der Schulen, an denen die Assistentinnen und Assistenten eingesetzt waren, beurteilten die Wirksamkeit des Einsatzes des Assistenten/der Assistentin bei der Bearbeitung der Absentismuskfälle und die Erfolge beim positiv veränderten Schulbesuchsverhalten der Schülerinnen und Schüler als sehr hoch oder hoch.

Die Assistentinnen und Assistenten können besser, zielgerichteter und direkter auf die Fehlzeiten von Schülerinnen und Schülern reagieren, als es der Lehrer kann. Der Lehrer muss sich auch um den Unterricht und um die lernwilligen Schülerinnen und Schüler kümmern. Die direkte Ansprache und sofortige Konsequenz auf das Fehlverhalten hat einen hohen erzieherischen Wert und führt so zu einer Verstetigung des Schulbesuchs und zur Vermeidung von negativen Schulkarrieren.

Trotz dieser guten Erfahrungen hat das Staatsräte-Kollegium im Juni 2011 beschlossen, das Projekt zum 30. Juni 2012 zu beenden. Die eingesetzten Assistentinnen und Assistenten wurden vom Personalamt informiert, dass sie in andere, insbesondere ausfinanzierte Stellen vermittelt werden sollen. Ohne Perspektive zur Weiterbeschäftigung in diesem Bereich, werden sich viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter andere Stellen suchen. Dies hat zur Folge, dass das Projekt faktisch schon vor dem 30.06.2012 auslaufen und wesentliche Erfahrungen und gewonnenes Know-how verloren gehen werden.

Der Schulsenator sagte in der Haushaltsberatung im Haushaltsausschuss am 16.8.2011, dass das Programm mithilfe einer Berufsagentur verstetigt werden soll. Die Beratungen zur Jugendberufsagentur im Schulausschuss am 7. Juli 2011 zeigten dagegen, dass der Schwerpunkt der Agentur auf die Beratung in der Phase des Übergangs von der Schule in den Beruf gelegt werden soll. Der Erfolg der Assistentinnen und Assistenten zur Schulbesuchsüberwachung ist jedoch dadurch begründet, dass diese permanent an der Schule vor Ort sind und auf Schulabsentismus sofort reagiert

werden kann. Schwerpunkt ist hier weniger die Beratung als die Vermeidung negativer Schulkarrieren. Damit unterstützt und gewährleistet dieses Projekt die Schaffung guter Voraussetzungen für den Übergang von der Schule in den Beruf.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

1. der Senat wird ersucht, das Projekt „Assistenz für Schulbesuchsüberwachung“ in feste Planstellen umzuwandeln und dauerhaft fortzuführen und
2. nach Gründung einer Jugendberufsagentur zu prüfen, ob die Arbeit der Assistenten zur Schulbesuchsüberwachung durch die Jugendberufsagentur koordiniert werden kann.
3. Der „Kontenrahmen für Dienstbezüge“ des Kapitels 3020 „Zentrale Fachaufgaben Bildung“ der Behörde für Schule und Berufsbildung wird in 2011 und 2012 dazu jeweils
von 8.897 Tsd. Euro
um 1.500 Tsd. Euro
auf 10.397 Tsd. Euro erhöht.
4. Zur Finanzierung der Personalkosten werden für 2011 die Mittel aus dem Titel 1140.428.72 „Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“
von 17.268 Tsd. Euro
um 1.500 Tsd. Euro
auf 15.768 Tsd. Euro
und für 2012
von 15.918 Tsd. Euro
um 1.500 Tsd. Euro
auf 14.418 Tsd. Euro
abgesenkt.